

KPO INFORMIERT

KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS - LANDESVORSTAND OÖ

Die KPÖ zum Thema Antifaschismus:

Gib Nazis keine Chance!

Nach dem Regierungsantritt von schwarzblau im Jahre 2000 ging das öffentliche Auftreten neonazistischer Gruppen zunächst sichtlich zurück. Offenbar hatten diese hohe Erwartungen in die Regierungsbeteiligung der FPÖ, zu deren Führungskreis bekanntlich auch deutschnationale Burschenschaftler zählen.

Parallel zum Niedergang der FPÖ melden sich aber die offen deklarierten und international vernetzten Nazigruppen verstärkt zurück. Kaum ein Wochenende vergeht ohne gewaltsame Übergriffe von Neonazis gegen antifaschistische Jugendliche. Es finden von der Polizei tolerierte Konzerte rechtsradikaler Bands statt und der vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) als rechtsextrem klassifizierte „Bund freier Jugend“ versucht Fuß zu fassen.

Öffentlich antifaschistische Gesinnung entsprechend dem Grundauftrag der 2. Republik zu zeigen wird von Rechtsradikalen zum Anlass für Attacken genommen. Die Rechte traut sich wieder verstärkt an die Öffentlichkeit, massive soziale Verunsicherung durch Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere und der vorhandene Alltagsrassismus tun das ihre dazu. Den braunen Umtrieben halten wir entgegen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Den Faschisten darf nicht der öffentliche Raum überlassen werden.

Die Verbrechen des Hitlerfaschismus, von der flächendeckenden Errichtung von Konzentrationslagern, dem 2. Weltkrieg mit 50 Millionen Toten, der industriellen Vernichtung von sechs Millionen jüdischer Menschen sowie Roma und Sinti bis zur Versklavung von Millionen ZwangsarbeiterInnen dürfen nicht in Vergessenheit geraten und erst recht nicht verleugnet oder verharmlost werden. Die Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus ist Mahnung und Auftrag, uns den aktuellen faschistischen Tendenzen wie auch jeglicher Kriegsfahrt und Alltagsrassismus entgegen zu

stellen.

Die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ hat in Österreich und international zu massiver Kritik geführt, weil sich diese Partei neben einem dezidierten Rassismus auch ungehört der Versatzstücke des Faschismus und Rechtsextremismus – etwa durch Aussagen die den Faschismus bagatelisieren oder gar verherrlichen oder durch personelle Querverbindungen zu offen faschistischen und rechtsextremen Gruppen – bedient. In der FPÖ findet eine Neuformierung der deutschnationalen Kräfte die vielfach mit offen neofaschistischen Gruppierungen verfilzt sind statt. Der Einzug des Rechtsaußen Mölzer in das EU-Parlament ist auch im Zusammenhang mit der Sammlung der ganz rechts stehenden Parteien wie Lega Nord, Vlaams Blok usw. zu sehen.

Aus der Sicht aller AntifaschistInnen ist sowohl im Zusammenhang mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ als auch mit dem verstärkten Agieren rechtsextremer Gruppen die Wahrnehmung des 1945 von den drei Gründerparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ deklarierten antifaschistischen Grundauftrages der 2. Republik besonders wichtig. Die KPÖ kann auf einen großen Anteil am antifaschistischen Widerstandskampf in den Jahren 1934 bis 1945 mit bundesweit rund 2.000 Opfern, davon rund 160 in Oberösterreich, verweisen und sich daher mit Fug und Recht als ein Gewissen des Antifaschismus betrachten.

Ein Grundproblem der österreichischen Geschichte liegt darin, dass sich nach 1945 viel zu lange die Täter als Opfer darstellen und ihre Mitverantwortung an den Verbrechen des Faschis-



mus leugnen konnten, während die wirklichen Opfer und WiderstandskämpferInnen diskriminiert wurden. Gerade aus Oberösterreich sind namhafte Politiker der Nazibewegung wie Hitler, Eichmann, Kaltenbrunner oder Langoth hervorgegangen, so dass ein kritischer und selbstkritischer Umgang mit der eigenen Geschichte besondere Bedeutung hat und Verpflichtung ist.

Bei Anerkennung der bisher stattgefundenen Würdigung der Opfer des Faschismus und des Widerstandskampfes gilt es weiterhin dies fortzusetzen und gleichzeitig allen Tendenzen zur Bagatelisierung des alten und neuen Faschismus, Rechtsextremismus und Rassismus entschlossen und geschlossen entgegenzutreten. Die politischen Verantwortlichen werden nur insofern handeln, als sie durch den auf sie ausgeübten Druck dazu gezwungen werden.

Mit dem NS-Verbotsgesetz verfügt Österreich über ein wirksames Instrument um aufkeimenden Neofaschismus zu bekämpfen. Wie im Falle der Bürger-Partei und des Vereins Dichterstein Offenhausen müssen daher auch die eindeutig neofaschistisch agierenden Gruppen Bund Freier Jugend (BFJ) und Aktionsgemeinschaft für Demokratische Politik (AFP) wegen Verstoß gegen das Verbotsgesetz verboten und ihnen die Basis für ein legales Agieren entzogen werden.

● Stellungnahme des KPÖ-Landesvorstandes Oberösterreich vom 25. März 2004, aktualisiert im Oktober 2004.

Gib Nazis keine Chance! KPO

Antifa-Demo gegen rechtsextreme Gewalt und Rassismus

Wehret den Anfängen!

Jüngste Attacken von Neonazis gegen Jugendliche und AusländerInnen sieht die KPÖ-Oberösterreich als Bestätigung für die Notwendigkeit der am 9. Oktober 2004 (Treffpunkt 14 Uhr, Linz, Schillerpark) von einem überparteilichen Antifa-Aktionsbündnis organisierten Demonstration „Gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalt und Rassismus“.

Laut Medienberichten wurde kürzlich ein 16-jähriger Gymnasiast in der Straßenbahn von faschistischen Skinheads attackiert und verletzt. Ebenfalls wurde kürzlich ein 13-jähriger türkischer Schüler von Neonazis misshandelt.

Schwerpunkte der Demonstration sind das Zurückdrängen rechtsextremer Umtriebe, die Forderung nach einem Verbot von BFJ (Bund Freier Jugend) und AFP (Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik) und der gemeinsame Wille von In- und AusländerInnen gemeinsam gegen Rassismus, Sozialabbau und Aufrüstung einzutreten.

Das Antifa-Aktionsbündnis wird von Freiheitskämpfern, Friedenswerkstatt, Gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalt, Stopp BFJ, Der Funke, Infoladen Wels, KPÖ-Oberösterreich, KZ-Verband OÖ, Sozialistische Jugend OÖ, Sozialistische Jugend Römerberg, Sozialistische Linkspartei und Sozialistischer Widerstand International getragen. Ein Anlass für die Demonstration sind die verstärkten Aktivitäten des neonazistischen BFJ in Oberösterreich.

Der BFJ war 2002 als AFP-Jugend entstanden und hatte sich 2003 zur BFJ umbenannt. Mit einer Postfachadresse in Marchtrenk agiert er mit konspirativen Treffen zu denen nur Insider eingeladen werden und gleichzeitig mit gezielten Provokationen in der Öffentlichkeit und gegen linke Gruppierungen. Für Aufse-

hen und antifaschistische Gegenaktionen sorgte der BFJ mit einem „Tag der Volkstreuen Jugend“ der 2003 in Ansfelden mit einschlägigen Rechtsextremen wie Günter Rehak, Herbert Schweiger, Konrad Windisch und Jörg Hähnel als Referenten und 2004 in Steyr angekündigt war, tatsächlich aber an anderen Orten stattfand.

Seinen rechtsextremen Charakter zeigte der BFJ durch Leugnung der deutschen Kriegsschuld im Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung und dem 8. Mai als „Tag der totalen Niederlage aller Deutschen“. Provokationen des BFJ wurden bei der Antifa-Demonstration am 17. April 2004 in Braunau und im Rahmen des 2. Austrian Social Forum (ASF) Anfang Juni 2004 in Linz registriert. Die Zeitung „Jugendecho“ des BFJ verbreitet antisemitische Aussagen und agiert hart an der Grenze des NS-Verbotsgesetzes, das als „Gesinnungsterror“ bezeichnet wird.

Der BFJ ist Teil eines internationalen Netzwerkes von rechtsextremen Gruppierungen und weist enge Kontakte zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), dem Störtebeker-Netzwerk und anderen Gruppen auf und war 2004 am Pressefest der neonazistischen „Deutschen Stimme“ in Sachsen, beim jährlichen Naziaufmarsch zum Todestag von Rudolf Hess in Wunsiedel und bei Nazi-Treffen in

Schwäbisch Hall beteiligt. Mehrere Aktivisten des BFJ waren früher in der neonazistischen VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition) aktiv, deren Anführer Gottfried Küssel 1992 wegen Wiederbetätigung verurteilt wurde.

Die AFP wurde 1963 als rechtsextreme „Denkfabrik“ gegründet, gibt die mit dem bezeichnenden Kommentar „Keine Lektüre für Bonzen und Parasiten!“ versehene Zeitschrift „Kommentare zum Zeitgeschehen“ heraus und gilt nach einschlägigen Erkenntnissen des DÖW als Schnittstelle zwischen rechtsextremen Gruppen und der FPÖ. Die AFP war zuletzt mit ihrer 38. Politischen Akademien im Oktober 2003 in Riegersburg (Steiermark) in Erscheinung getreten. Diese „Akademien“ haben sich seit ihrer Entstehung im Jahre 1966 als internationale Treffen von Rechtsextremen aller Schattierungen aus dem ganzen deutschen Sprachraum erwiesen und dienen offensichtlich der Koordinierung rechtsradikaler Politik.

Die Liste von ReferentInnen liest sich wie ein „Who is who“ aus dem „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“: Günther Deckert, Robert Dürr, Helmut Golowitsch, Christina Grund, Helmut Kowarik, Walter Marinovic, Andreas Mölzer, Herwig Nachtmann, Günter Rehak, Horst Jakob Rosenkranz, Adolf von Thadden, Kriemhilde Trattinig, Pedro Varela, Robert Verbelen.

Angesichts des eindeutig rechtsextremen Charakters sowohl des BFJ als auch der AFP verlangt daher die KPÖ-Oberösterreich entsprechend dem Motto „Wehret den Anfängen!“ ein behördliches Verbot dieser Gruppen im Sinne der Einhaltung des NS-Verbotsgesetzes wegen Wiederbetätigung und Verhetzung, auch wenn LH Josef Pühringer bislang keine Handhabe dafür sieht.



Antwortkarte

Ich möchte:

- Probenummer Zeitung "Café KPÖ"
- Stichwort: Neofaschismus
- Stichwort: Turnerbund
- Stichwort: Benes-Dekrete
- Falter Antifa
- Falter KZ-Verband

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Porto zahlt der Empfänger!

**KPÖ-Landesvorstand
Oberösterreich
Melicharstraße 8
4020 Linz**